

6. Zwischen Republik und Imperium: Die Außenpolitik der USA von Clinton zu Bush

Jochen Hils/Jürgen Wilzewski

»[A]merica is a nation with a mission and that mission comes from our most basic beliefs. We have no desire to dominate, no ambitions of empire. Our aim is a democratic peace – a peace founded upon the dignity and rights of every man and woman. America acts in this cause with our friends and allies at our side, yet we understand our special calling: This great republic will lead the cause of freedom.« (Bush 2004)

»[A]t the end of the Cold War, America truly is the world's indispensable nation. There are times, when only America can make the difference between war and peace, between freedom and repression, between hope and fear. We cannot and should not try to be the world's policeman. But when our interests and our values are clearly at stake, and where we can make a difference, we must act and lead.« (Clinton 1996)

Seit den Terrorangriffen des 11. September 2001 sind die USA eine Weltmacht vor neuer Bedrohung (vgl. Kremp/Wilzewski 2003). Vorbei ist jene Periode, in der sie nach der Selbstauflösung der Sowjetunion 1991 ohne klar erkennbaren globalen Gegner agierten (siehe Rudolf/Wilzewski 2000a). Vorüber ist jenes Jahrzehnt, in dem sie nach ihrem Sieg im Ost-West-Konflikt als einzig verbliebene Weltmacht im internationalen System zunächst versuchten, ihre internationale Führungsrolle weniger an einem hegemonialen als an einem liberalen Internationalismus auszurichten (zu den Unterschieden siehe Rudolf 1999).

Seit dem Amtsantritt von George Bush Jr. und verstärkt durch den 11. September verfolgen die USA außenpolitisch einen unverhüllt hegemonialen Internationalismus (exemplarisch dazu Czempiel 2002; Daalder/Lindsay 2003; Müller 2003). Mit ihm ist ein größtmögliches Maß an nationaler Handlungsfreiheit verknüpft, auch wenn dies direkt mit völkerrechtlichen Normen und internationalen Organisationen kollidiert (vgl. Ikenberry 2002; Krell 2003).

Gänzlich neu ist dieses außenpolitische Rollenverständnis nicht, auch wenn Kritiker von einer »Bush-Revolution« sprechen (Daalder/Lindsay 2003: 13ff.) und damit die kompromisslos hegemoniale Ausrichtung der *Grand Strategy* der USA nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 meinen (ebd: 40ff.). Schon Bushs Vorgänger Clinton beendete seine Amtszeit mit einem außenpolitischen Vermächtnis, das die USA im Wesentlichen auf einen »globalen Unilateralismus« (Huntington 1999: 42) zurückverwiesen hatte (siehe auch Rudolf/Wilzewski: 2000 b). Vor dem Hintergrund einer zunehmenden außenpoliti-

schen Apathie der amerikanischen Öffentlichkeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (Lindsay 2000; Lindsay 2003) hatten es die konservativen Republikaner im US-amerikanischen Kongress seit 1995 verstanden, Clinton außenpolitisch in die Defensive zu drängen und die nationalen Prioritäten von Grund auf neu zu definieren (Wilzewski 2000). Das galt für den Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozess ebenso wie für den Umgang mit internationalen Organisationen (Knapp 1999; Kubbig/Dembinski/Kelle 2000). Auch die Außenhandelspolitik (Gerke/Medick-Krakau 1999), die Umweltaußenpolitik (Brühl 2000) sowie die internationale Drogenpolitik (Lessmann 2000) wurden vom Tauziehen zwischen den Republikanern und Clinton erfasst. Gleiches gilt auch für die militärische Interventionspolitik. Hier pochte der Kongress darauf, die militärischen Ressourcen der Weltmacht nicht in multilateralen *Peacekeeping*-Missionen zu binden, die aus Sicht der Republikaner die militärische Einsatzbereitschaft der USA in jenen Regionen untergrub, die von vitalem nationalem Interesse waren (vgl. dazu am Beispiel der Balkanpolitik Hils 2003a: 435ff.; ders. 2003b: 177ff.).

So blieb das außenpolitische Vermächtnis von Bushs Amtsvorgänger am Ende nicht ohne Ironie. Statt einer Neuausrichtung US-amerikanischer Weltordnungspolitik im Sinne eines liberalen Internationalismus, wie ihn Clinton anfänglich propagiert hatte, kehrten die Vereinigten Staaten zu einem hegemonialen Internationalismus zurück. In ihm wurde US-amerikanische Weltführung wieder strikt unilateral entlang eines nationalen Interesses definiert, das in direktem Bezug zur Revitalisierung militärischer Stärke gesetzt wurde. Am Ende der Präsidentschaft Clintons war die Wende zu einem nationalistischen Unilateralismus vollzogen, befördert durch tief greifende Friktionen zwischen Präsident und Kongress. Die Definition außenpolitischer Interessen wurde zunehmend durch Bewegungen der Innenpolitik berührt, so dass der Handlungsspielraum des Präsidenten empfindlich beschnitten wurde. Der republikanisch kontrollierte Kongress betonte seine Bereitschaft zum Alleingang und folgte eigenen außenpolitischen Prioritäten auch *gegen* die Position Clintons. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Wegfall einer alles umfassenden äußeren Bedrohung nach der Selbstaflösung der Sowjetunion. Sie war von amerikanischen Präsidenten jahrzehntelang dazu benutzt worden, um ihren Führungsanspruch in der Formulierung der US-Weltpolitik nicht nur nach außen, sondern auch nach innen zu begründen.

1. *After Containment*: Clinton und das Erbe des Ost-West-Konflikts

Als Clinton 1993 in das Weiße Haus einzog, war er der erste amerikanische Präsident seit Harry S. Truman, der nach außen und innen von den Handlungszwängen des Ost-West-Konfliktes befreit war. Nach der Selbstaflösung der Sowjetunion waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht ohne Gegner. Ihre Außenpolitik musste nicht mehr den Zwängen jener bipolaren Machtfigur im internationalen System gehorchen, auf welche die USA mit einer globalen, vorzugsweise militärisch definierten Eindämmungspolitik reagiert hatten (vgl. Gaddis 1992). Somit eröffnete sich erstmals seit mehr als vier Jahrzehnten die Chance, das weltpolitische Rollenverständnis der USA von Grund auf neu zu bestimmen (Maynes 1993-94).

Sicher kann das weltpolitische Engagement der Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht alleine auf die Ausbildung des Ost-West-Konflikts zurückgeführt werden. Auch wenn die USA zuvor dem Völkerbund nicht beigetreten waren, hatten sie sich in der Zwischenkriegsphase international doch nicht vollkommen zurückgezogen. Ihre Außenpolitik setzte vielmehr auf diplomatische und wirtschaftliche Mittel, auch wenn sie einer militärischen Weltmachtrolle bis zur drohenden Hegemonie Hitler-Deutschlands und dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor ablehnend gegenüberstanden. Nach den Erfahrungen der vierziger Jahre waren die USA dann bereit, eine uneingeschränkte weltpolitische Führungsrolle zu übernehmen (zur historischen Entwicklung siehe Gollwitzer 1982: 341ff.).

Als Fokus für die amerikanische Weltpolitik fungierte der ideologische und machtpolitische Konflikt mit der Sowjetunion. »During the Cold War«, bringt es Samuel P. Huntington auf den Punkt:

»[t]he United States pursued many foreign policy goals, but its one overriding national purpose was to contain and defeat communism. When other goals and interests clashed with this purpose, they were usually subordinated to it.« (Huntington 1997: 30).

Die kommunistische Bedrohung stärkte auch die nationale Identität der amerikanischen Gesellschaft (ebd.: 29ff.) und mit ihr die Vorstellung von einer außergewöhnlichen Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt, die traditionell fester Bestandteil ihres kulturellen Selbstverständnisses ist (siehe dazu umfassend Junker 2003; Mead 2002; McDougall 1997; Lipset 1996).

Die Politik der Eindämmung und das damit verbundene weltpolitische Engagement erfuhren gesellschaftliche Zustimmung auch deshalb, weil durch die kommunistische Bedrohung nicht nur die »nationale Sicherheit«, sondern auch amerikanische Wertvorstellungen bedroht erschienen. Machtpolitisches Interesse und idealistischer Impuls erhielten hier einen gemeinsamen Bezugspunkt: Die Bekämpfung des nach innen totalitären und nach außen expansionistischen Sowjetstaates. Damit war der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Wandel des außenpolitischen Selbstverständnisses der USA von einem selbstbezogenen »Promised Land« hin zu einem missionarischen »Crusader State« (McDougall 1997: 11) endgültig vollzogen.

Die Bedrohung durch die Sowjetunion verringerte zentrifugale Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft, beförderte Reformen wie die Bürgerrechts- und Sozialgesetzgebung der sechziger Jahre und entzog isolationistischen Tendenzen ihren Nährboden. Sie wirkte sich zudem auf das außenpolitische Entscheidungssystem aus, indem sie die Ausbildung einer nationalen Sicherheitsbürokratie – mit dem *National Security Council* (NSC) als zentralem Entscheidungsgremium – beförderte und institutionalisierte. Im NSC gewannen die Befürworter einer bedrohungsgeleiteten, auf überlegene militärische Stärke setzenden Weltpolitik eine privilegierte Position (vgl. Schweigler 1999; Theoharis 1998; Koh 1990). Nationale Sicherheit, verstanden als das Streben nach militärischer Sicherheit, geriet zur außenpolitischen Leitwährung und mündete in der Verfestigung einer »riesigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie«, wie Präsident Eisenhower es 1961 in seiner Abschiedsbotschaft an das amerikanische Volk warnend formulierte (zit. nach Czempiel/Schweitzer 1989: 241).

Die Institutionalisierung einer gewaltigen Sicherheitsbürokratie (vgl. Koh 1990: 67ff.; Dittgen 1998: 88ff.) wirkte sich auch auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft aus und legitimierte – auf dem Weg über das Verteidigungsministerium – ein bis dahin unbekanntes Maß an Staatsinterventionismus (siehe Deudney/Ikenberry 1994; Higgs 1987). Schließlich verlieh der Ost-West-Konflikt jenen Begründungszusammenhängen Substanz, die mit Verweis auf die Gefährdung der »nationalen Sicherheit« von US-Präsidenten dazu benutzt wurden, um einen uneingeschränkten Führungsanspruch in der Formulierung und Implementierung der amerikanischen Außenpolitik zu begründen. Die »imperiale Präsidentschaft«, wie sie Arthur M. Schlesinger Anfang der siebziger Jahre so scharf kritisierte (Schlesinger 1989), galt lange Zeit als ubiquitäre Begleitscheinung der *Containment*-Politik gegenüber der Sowjetunion. Im Zuge des Vietnamkrieges geriet sie jedoch in eine schwere Krise, der außenpolitische

Konsens zerbrach und die amerikanische Gesellschaft begann sich, vermittelt über den Kongress, wieder verstärkt in die Formulierung der Grundlinien amerikanischer Außenpolitik einzumischen (Franck/Weisband 1979). In den achtziger Jahren führte das zu vermehrten Auseinandersetzungen um die *Neo-Containment*-Politik Ronald Reagans, dessen Streben nach überlegener militärischer Stärke gegenüber der Sowjetunion Teilen der amerikanischen Gesellschaft und des Kongresses mit Blick auf die damit verbundenen Kosten und Eskalationsgefahren als inakzeptabel erschien (Wilzewski 1999). Die Ideologie des »Sicherheitsstaates« blieb davon jedoch unberührt und das Beharrungsvermögen der sie tragenden bürokratischen Rollen im Verteidigungsministerium und den Geheimdiensten groß. Während der Präsidentschaft von Reagans Nachfolger George W. Bush Sr. taten sich die USA nicht zuletzt auf Grund der privilegierten Position der Geheimdienste und des Pentagons schwer, Michail Gorbatschows Reform- und Abrüstungskurs ernst zu nehmen (vgl. Shultz 1993: 266ff.). Nach dem überraschenden Sieg der USA im Ost-West-Konflikt blickte die amerikanische Gesellschaft dann nach innen. Nicht die Siegesparaden der aus dem Golfkrieg heimkehrenden Truppen, sondern die innerstädtischen Unruhen von Los Angeles rückten in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Clinton hatte das im Präsidentschaftswahlkampf 1992 mit seinem Rekurs auf die Innenpolitik, zugespielt auf den Wahlkampfslogan »It's the economy, stupid!«, erkannt und seinen Wahlkampf konsequent darauf ausgerichtet (Clinton/Gore 1992).

2. *Assertive multilateralism*: Clintons gescheiterte Strategie

Einmal im Amt, wollte Clinton die USA nach innen erneuern. Gemeint war die Reform des Gesundheitswesens, die Bekämpfung der Kriminalität, die Modernisierung des Bildungssystems sowie die Sanierung des Bundeshaushalts. Die Außenpolitik rückte in den Hintergrund, was mit ihrer verringerten Rolle im Bewusstsein der amerikanischen Öffentlichkeit korrespondierte (Rielly 1995: 6ff.). »[T]he rise of apathetic internationalism«, so bringt es James M. Lindsay auf den Punkt, »encouraged American politicians to neglect foreign affairs. Most foreign policy issues offered no political payoff from the average voter« (Lindsay 2003: 47). Die breite Öffentlichkeit blickte stärker nach innen und befürwortete ein kostenbewussteres weltpolitisches Engagement der USA. Das schloss eine stärkere multilaterale Ausrichtung amerikanischer Außenpolitik insbesonde-

re dann nicht aus, wenn dadurch die Kosten amerikanischer Weltführung gesenkt werden konnten. »To most Americans, the success or failure of U.S. foreign policy no longer seems a matter of life and death«, wie Madeleine Albright die veränderten Einstellungsmuster zusammenfasste (Albright 1998: 50f.). Die breite Öffentlichkeit stand internationalen Problemlagen reservierter gegenüber und maß sie enger am nationalen Interesse. Dies galt auch für den Einsatz amerikanischer Bodentruppen zur Befriedung ethnischer Konflikte, der nur Unterstützung fand, solange damit keine nennenswerten amerikanischen Verluste verbunden waren. Die USA sollten nach dem Ost-West-Konflikt zwar aktiv führen, die damit verbundenen Kosten aber möglichst gering halten.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Clinton sich zu Beginn seiner Präsidentschaft innenpolitischen Problemlagen wie der Reform des Gesundheitssystems zuwendete und in der Außenpolitik die Strategie der Multilateralisierung und Demokratisierung (*Engagement and Enlargement*) propagierte (White House 1994). Die Zone demokratischer Staaten sollte erweitert und die internationale Führungsrolle der USA im Sinne eines nachdrücklichen Multilateralismus neu definiert werden. Die Vereinigten Staaten sollten führen, allerdings im Bewusstsein um ihre begrenzten Ressourcen und im Bemühen um eine größere Lastenteilung (Maynes 1993-94: 7ff.). Dabei sollten sie sich nicht in erster Linie auf ihr »hartes« Machtpotential wie ihre militärische Stärke und ihre wirtschaftlich-technologischen Fähigkeiten, sondern vor allem auch auf ihre »weichen Machtressourcen« stützen, also ihre Fähigkeit, durch politische und kulturelle Führung die internationale Agenda und mit ihr die internationalen Institutionen und Normen »kooptiv« zu strukturieren (Nye 1990: 188ff.). Auf ihre militärische Stärke sollten die USA nur dann setzen, wenn grundlegende Interessen gefährdet erschienen. Priorität hatte die Förderung von Demokratie und internationaler Kooperation und mit ihr die Bildung internationaler Institutionen.

Clinton knüpfte hier an jene liberale Denktradition an, die einer Welt demokratisch verfasster Staaten eine geringere Neigung zu aggressiven Selbsthilfestrategien und ein höheres Maß an Kooperationsbereitschaft in der internationalen Politik zuspricht (zur diesbezüglichen politikwissenschaftlichen Argumentation siehe Hasenclever 2002: 75ff.; Krell 2000: 147ff.). Entsprechend sollte die Zone demokratischer Staaten mit friedlichen Mitteln erweitert und kollektive Sicherheitssysteme gestärkt werden. Ausgangspunkt war der Wunsch, die Kosten des weltpolitischen Engagements der USA zu verringern. Das bedeutete keinen Führungsverzicht, denn die Vereinigten Staaten sollten weiterhin militärisch, wirt-

schaftlich und kulturell führen, um so das internationale System entlang ihrer nationalen Interessen wohlwollend beeinflussen zu können.

Die Programmatik des »assertive multilateralism« war freilich nicht ohne innenpolitisches Risiko. Wenn es Clinton mit Verweis auf die Interessen anderer Staaten nicht gelang, gemeinsame Handlungsoptionen zu vereinbaren, setzte er sich dem Vorwurf der Führungsschwäche aus, insbesondere, wenn er auf unilaterale Vorgehensweisen verzichtete. Laut wurde dieser Vorwurf bereits in Clintons erstem Amtsjahr, als die Kommandostrukturen der Vereinten Nationen (VN) im inneramerikanischen Diskurs für das Scheitern der humanitären Intervention in Somalia verantwortlich gemacht wurden und sich die Politik des Präsidenten den Vorwurf der »foreign policy as social work« einhandelte (Mandelbaum 1996; Daalder 1997).

Hatte es zu Beginn der Amtszeit Clintons danach ausgesehen, als werde den VN eine herausragende Rolle in der amerikanischen außenpolitischen Strategie nach dem Ost-West-Konflikt zukommen, so geriet die Stärkung der Weltorganisation schnell ins Abseits, wozu auch die Uneinigkeit und Untätigkeit der europäischen Verbündeten im Bosnienkrieg (Daalder 2000) beitrug. Multilaterale Friedensoperationen waren bereits in den ersten beiden Jahren der Clinton-Administration – also schon vor dem Wahlsieg der Republikaner in den Kongresswahlen 1994 – das strittigste außenpolitische Thema zwischen Präsident und Kongress (Sterling-Folker 1998: 277ff.; Rosner 1995: 65ff.; Daalder 1997). Clintons Strategie des »assertive multilateralism« erwies sich im Aushandlungsprozess zwischen Präsident, Kongress, Medien und Öffentlichkeit als nicht konsensfähig (zur theoretischen Konzeptionalisierung und historischen Genese der US-Mediendemokratie vgl. Hils 2003b). Der Präsident reagierte prompt und bereits zur Jahreshälfte 1994 gehörte die Strategie der Vergangenheit an.

Zu tief schien die ambivalente Haltung gegenüber internationalen Organisationen in der politischen Kultur und in den politischen Institutionen der Vereinigten Staaten verankert (Dembinski 2002; Luck 1999). Einerseits sollten sie amerikanische Interessen befördern, andererseits aber möglichst keine Einschränkung der nationalen Souveränität zur Folge haben. Allerdings war der unilaterale Reflex in der politischen Klasse weitaus stärker verankert als in der breiten Öffentlichkeit. Während sich 44 Prozent der politischen Klasse für unilaterale Maßnahmen in Krisensituationen aussprachen, unterstützten nur 21 Prozent der breiten Öffentlichkeit eine solche Vorgehensweise (Rielly 1999: 25, Tabelle 4-3). »Unlike many on Capitol Hill«, hielt James M. Lindsay in diesem Zusammenhang fest, »Americans have not embraced unilateralism« (Lindsay 2000: 3).

Nach dem Erdrutschsieg der Republikaner in den Kongresswahlen 1994, der so genannten »Konservativen Revolution«, war Clinton dann endgültig zu umfassenden Kurskorrekturen in seiner Außenpolitik gezwungen. Den republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses ging jede Multilateralisierung amerikanischer Außenpolitik in die falsche Richtung. Die USA sollten unilateral führen, getreu dem Motto: »Act alone, or do nothing«. Ziel war es, zu einem größtmöglichen Maß an Handlungsfreiheit in der Außenpolitik zurückzufinden. Verstärkte Rüstungsanstrengungen, reduziertes Engagement in internationalen Organisationen, Aufrechterhaltung und Erweiterung von Militärallianzen, verstärkte Militärhilfe und eine aggressive Sanktionspolitik galten hierfür als probate Mittel (siehe Czempiel 1996). Dahinter stand die kaum verhüllte Vorstellung, dass die Stabilität des internationalen Systems auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nur durch überlegene amerikanische Führung sicherzustellen war. Der Frontalangriff auf die Außenpolitik Clintons ließ denn auch nicht lange auf sich warten.

3. Back to Unilateralism: Clinton und die »konservative Revolution«

Die wachsende Konfliktbereitschaft und parteipolitische Polarisierung wurde durch einen Generationswechsel in der Legislative begünstigt (vgl. zu den strukturellen Hintergründen der parteipolitischen Polarisierung exemplarisch Pfiffner 2002; Hils 2003b: 92ff.). Die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts neu gewählten Abgeordneten und Senatoren – im Senat etwa fünfzig und im Repräsentantenhaus etwa achtzig Prozent der Mitglieder – blickten verstärkt durch eine binnenorientierte Brille auf die internationalen Herausforderungen der USA. Sie waren immer weniger dazu bereit, die Führungsrolle des *Commander-in-Chief* in der Formulierung der Außenpolitik zu akzeptieren und betrachteten Überparteilichkeit in der Außenpolitik keineswegs mehr als normative Leitlinie. Vor allem unter den seit 1994 neu gewählten konservativen Republikanern im Repräsentantenhaus manifestierte sich eine kaum verhüllte Bereitschaft zur Konfrontation (Wilzewski 2000). Ihr außenpolitisches Credo kreiste um einen nationalistischen Unilateralismus, der auch unter den Republikanern im Senat wachsenden Zuspruch fand. Zur Durchsetzung bedurfte es freilich nicht nur einer politischen Agenda, sondern auch eines institutionell straffen Apparats. Im Repräsentanten-

haus verständigte sich die republikanische Mehrheitsfraktion deshalb auf Entscheidungsstrukturen, welche die Fraktionsführung, vor allem den *Speaker*, stärkten und den Einfluss der Ausschüsse und ihrer Vorsitzenden empfindlich schwächten (Loomis 1998: 89ff., 138ff.; Aldrich/Rhode 1997-98: 548ff.; Owens 1997). Roger Davidson spricht von einer Zentralisierung der Führungsstrukturen innerhalb der Mehrheitsfraktion, wie es sie seit *Speaker* Joseph G. Cannon (1909-1910) nicht mehr gegeben habe (Davidson 1995: 45). Auch im Senat, der freilich einer anderen Geschäftsordnung folgt, wurde die Führung der Mehrheitsfraktion gestärkt.

Die republikanischen Mehrheiten im Kongress verlangten, dass die amerikanischen Beiträge zu friedenssichernden Maßnahmen der VN weiter gesenkt wurden, und unterstrichen damit ihr tiefes Misstrauen gegenüber jenem Kollektivorgan, das traditionell das Gegenstück zu jedem Unilateralismus bildet. Sie drängten auf eine schnelle Ost-Erweiterung der NATO. Daneben forderten sie höhere Rüstungsausgaben und erhielten dabei, wie nicht anders zu erwarten war, die Unterstützung der militärischen Führung des Pentagon (Cohen 2000: 40ff.). Sie verlangten die Stationierung eines landesweiten Raketenabwehrsystems, auch wenn damit extrem negative Auswirkungen auf das weltweite Bemühen um nukleare Non-Proliferation verbunden sein sollten (vgl. Thränert 2000). Auch in der Außenhandelspolitik gingen sie einem Kräftemessen mit dem Präsidenten nicht aus dem Weg und setzten Sekundärsanktionen gegen so genannte »Schurkenstaaten« wie den Iran, Kuba und Libyen durch (siehe Gerke 1997). Clinton musste schnell erkennen, dass seine ursprüngliche Programmatik mit ihrer Betonung des Multilateralismus im Kapitol nicht mehrheitsfähig war.

Mehr noch: Die Beschäftigung mit der Sicherheitspolitik, jenem Bereich, in dem die republikanische Partei traditionell einen Kompetenzvorsprung genießt, wurde Clinton geradezu aufgezwungen, wollte er in der Auseinandersetzung mit dem republikanischen Kongress die strittigen außenpolitischen Themen mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 1996 neutralisieren beziehungsweise seine außenpolitische Führungsstärke unter Beweis stellen.

Die NATO-Erweiterung bot sich hierfür als geeignetes Projekt an (vgl. Goldgeier 1999: 60ff.). Sicher, der Weg zur Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz wurde nicht nur aus wahltaktischen Motiven beschritten. Idealistische Ambitionen, wie die Schaffung einer »demokratischen Sicherheitsgemeinschaft«, mischten sich mit *Worst Case*-Überlegungen, die ein sicherheitspolitisches Vakuum in Mitteleuropa befürchten ließen und von den Beitrittskandidaten genährt wurden. Innenpolitische Kalküle vermengten sich mit dem allianzpolitischen

Interesse an der Bewahrung der amerikanischen Führungsrolle, und das just zu dem Zeitpunkt, als die Zweifel an der Bedeutung der NATO für die Konfliktbewältigung vor dem Hintergrund des Krieges in Bosnien gewachsen waren (vgl. Hils 2003a: 435ff.). Der republikanische Kongress spielte dabei eine zentrale Rolle. Die Republikaner drängten mit dem *NATO Expansion Act* und dem *NATO Revitalization Act* auf die zügige Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz. Dahinter stand ein offen artikuliertes Interesse am *Neo-Containment* Russlands und eine vehemente Kritik an der sogenannten *Russia-First*-Politik der Clinton-Administration. Dabei war die Haltung zur NATO-Erweiterung innerhalb der Administration zunächst widersprüchlich und unentschlossen (Goldgeier 1999: 24f.). Als Triebfeder für die NATO-Osterweiterung fungierten zudem einflussreiche Interessengruppen. Der *Polish-American Congress* etwa hatte bereits 1993 »Abgeordnete und Regierung mit Briefen überflutet, in denen vor einem zweiten ›Jalta‹ gewarnt und die Administration wegen ihres Zögerns kritisiert wurde« (Koch 2000: 111).

Der Einfluss des republikanisch dominierten Kongresses auf die Sicherheitspolitik zeigte sich auch in der Auseinandersetzung um den Bau eines landesweiten Raketenabwehrsystems (*National Missile Defense*, NMD). Da spielte es keine Rolle, dass diese Pläne mit dem ABM-Vertrag kollidierten, der die Stationierung eines solchen Systems verbietet. Im *Missile Defense Act* von 1999, der auch unter den Demokraten Zustimmung fand, wurde festgelegt, dass mit dem Bau der NMD zum frühestmöglichen Zeitpunkt begonnen werden sollte. Die Bedrohung durch Raketen in den Händen von Staaten wie Nordkorea und Iran hatte der NMD-Debatte eine schier unaufhaltsame politische Dynamik verliehen – um den Preis einer Gefährdung der nuklearen Abrüstungszusammenarbeit mit Russland, die gegen Ende der Clinton-Administration praktisch zum Stillstand kam (O’Hanlon 1999; Deutch et al. 2000). Clinton überließ die Entscheidung über NMD schließlich seinem Nachfolger im Weißen Haus, wohl auch, um den Präsidentschaftswahlkampf seines Vizepräsidenten Al Gore nicht zu belasten, dessen republikanischer Kontrahent George W. Bush Jr. sich vorbehaltlos für die Stationierung eines landesweiten Raketenabwehrsystems ausgesprochen hatte.

Dabei musste Clinton bewusst sein, dass das vom Kongress forcierte NMD-Projekt zu einer schweren Krise des Rüstungskontrollansatzes in der amerikanischen Sicherheitspolitik führen würde. Wie entschlossen die Republikaner im Kongress mit ihrem auf breiter Front vorgetragenen Angriff auf die aus ihrer Sicht in gefährlicher Weise fesselnden Rüstungskontrollabkommen waren, unterstrichen sie auch im Falle des nuklearen Teststoppvertrages (*Comprehensive*

Testban Treaty, CTBT) dem sie im Oktober 1999 im Senat die Ratifizierung verweigerten (siehe Deibel 2002). Das Votum der Republikaner gegen das Vertragswerk, das Präsident Clinton drei Jahre zuvor unterzeichnet und als Meilenstein für den internationalen Abrüstungsprozess gefeiert hatte, unterstrich die Bereitschaft zur Konfrontation im Kapitol, auch wenn damit der Glaubwürdigkeit amerikanischer Weltführung schwerster Schaden zugefügt wurde. Zweierlei machte die gescheiterte Ratifizierung deutlich: Erstens die Neigung der Republikaner zu einem kompromisslosen nationalistischen Unilateralismus; zweitens den zögerlichen Führungswillen des Präsidenten, der seine Überzeugungskampagne zu Gunsten des CTBT verspätet und halbherzig geführt hatte. Partikularinteressen konnten triumphieren, zumal ein »apathischer Internationalismus« der Öffentlichkeit die »noisy few« gegenüber den »quiet many« im außenpolitischen Entscheidungsprozess begünstigte (Lindsay 2000: 5). Zwar erfreute sich der CTBT in der amerikanischen Öffentlichkeit breiter Zustimmung (siehe Thränert 2000: 227). In einer Umfrage des *Pew Research Center* einen Tag nach dem ablehnenden Votum des Senats gaben jedoch die Hälfte der Befragten an, dass sie nichts von einer Abstimmung über den CTBT wüssten (Lindsay 2000: 4). »Most Americans supported the CTBT«, so James M. Lindsay resümierend, »but they did not descend on Washington in busloads to save it« (ebd.). Ähnlich argumentierte auch Condoleeza Rice, die spätere Nationale Sicherheitsberaterin, im Wahlkampf 2000, die feststellte: »In a democracy as pluralistic as ours, the absence of an articulated ›national interest‹ either produces a fertile ground for those wishing to withdraw from the world or creates a vacuum to be filled by parochial groups and transitory pressures« (Rice 2000: 46). Genau das war geschehen.

Der 42. Präsident der Vereinigten Staaten, der nach dem Ende des ideologischen und machtpolitischen Antagonismus mit der Sowjetunion anfänglich eine Neuausrichtung der Außenpolitik der einzig verbliebenen Weltmacht propagiert hatte, musste schnell erkennen, dass sein Handlungsspielraum vor dem Hintergrund von *divided government* und zunehmender parteipolitischer Polarisierung empfindlich eingeschränkt war (vgl. Hersman 2000; Lindsay 1999). Durch den republikanischen Kongress wurde ein hegemonial-unilaterales Verständnis US-amerikanischer nationaler Interessen transportiert und geradezu institutionalisiert (Wilzewski 1997).

Diese Entwicklung entspricht durchaus der Logik des amerikanischen Verfassungssystems mit seinen *checks and balances*. In einem System komplementärer Kompetenzen und wechselseitiger Kontrollen, das die Furcht vor Macht-

missbrauch höher ansiedelt als den Wunsch nach effizienter Entscheidungsfindung, ist die Machtrivalität zwischen Exekutive und Legislative gewollt, um eine Vielzahl rivalisierender Interessen im Entscheidungsprozess abzubilden (vgl. Henkin 1990; Fisher 1991).

Natürlich wurde die Rivalität zwischen Legislative und Exekutive während der Präsidentschaft Clintons wesentlich durch den veränderten internationalen Kontext amerikanischer Außenpolitik nach 1991 befördert. Der Wegfall der alles überragenden äußeren Bedrohung - die amerikanische Präsidenten über Jahrzehnte in der Formulierung und Durchführung einer bedrohungsgeleiteten Außenpolitik immer wieder institutionell privilegiert hatte - eröffnete jene Spielräume, welche die Republikaner im Kongress aggressiv nutzten. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die insgesamt nachlassende Aufmerksamkeit der amerikanischen Gesellschaft für außenpolitische Problemlagen.

Die Friktionen zwischen Präsident und Kongress waren somit nicht zuletzt Ausdruck des Endes des Ost-West-Konflikts. Während der Amtszeit Clintons waren die USA eine Weltmacht ohne alles überragende Bedrohung. Entsprechend wurde die Definition nationaler Interessen zunehmend durch Bewegungen der Innenpolitik berührt, bei denen *ad hoc*-Kalküle und aggressive unilaterale Strategien im republikanisch kontrollierten Kongress dominierten. Clinton musste sich dem wohl oder übel beugen. Jenseits der Eindämmung beförderten institutioneller Dissens und scharfe parteipolitische Polarisierung die Fragmentierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses. Der Handlungsspielraum des Präsidenten wurde empfindlich eingeschränkt, und die parteipolitische Profilierung und Polarisierung in der Außenpolitik nahm merklich zu (Lindsay 1999).

4. *After 9/11*: Bush und der Angriff auf Amerika

Am institutionellen Dissens und der parteipolitischen Profilierung und Polarisierung änderte sich nach den Präsidentschaftswahlen 2000 (siehe dazu den Beitrag von Miles Pomper in diesem Band) zunächst wenig. Der Souverän hatte sich gegen ein eindeutiges politisches Mandat mit klaren Mehrheiten entschieden. Dem republikanischen Präsidentschaftsbewerber George W. Bush war es bundesweit nicht gelungen, mehr Stimmen auf sich zu vereinigen als sein demokratischer Mitbewerber Al Gore, und die Präsidentschaftswahlen 2000 mussten wegen der Unregelmäßigkeiten im wahlentscheidenden Bundesstaat Florida

schließlich vom Obersten Gerichtshof entschieden werden. Erstmals seit 1888 setzte sich mit Bush der Verlierer in der »popular vote« im *Electoral College* durch, obwohl Gores Vorsprung bundesweit insgesamt 537.179 Stimmen betrug (Angaben nach CQW 2003: 21). Clintons Nachfolger im Weißen Haus besaß folglich kein klares politisches Mandat.

Hinzu kam, dass Bush im Kongress nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügte. Im Repräsentantenhaus war der Vorsprung der Republikaner auf neun Sitze geschrumpft und im Senat standen 50 Republikanern die gleiche Zahl an Demokraten gegenüber. Die Situation für den Präsidenten verschärfte sich noch, als der Republikaner James M. Jeffords (Vermont) fünfeinhalb Monate nach Bushs Einzug ins Weiße Haus aus seiner Partei austrat und damit einen Mehrheitswechsel im Senat auslöste. Nun stand dem neuen Präsidenten eine demokratische Mehrheit im Senat gegenüber, die bereit war, ihr programmatisches Profil in Abgrenzung zur Politik Bushs zu schärfen. Die Demokraten im Senat griffen die Außen- und Sicherheitspolitik des Präsidenten denn auch kurz nach dem Mehrheitswechsel Anfang August 2001 in scharfer Form an. Bush wurde ein »single-minded approach« in seinem Hang zum Alleingang in der Außenpolitik vorgeworfen (Daschle 2001; Dewar 2001). Gemeint war seine offene Ablehnung des nuklearen Teststoppvertrages, des ABM-Raketenabwehrvertrages, des Internationalen Strafgerichtshofs und des Ottawa-Vertrages über die weltweite Ächtung von Antipersonenminen (vgl. Thränert 2003; Deitelhoff 2003). Die Demokraten forderten Kurskorrekturen am »distinctly American internationalism« des Präsidenten und verwiesen auf die bedeutende Rolle, welche die US-Verfassung dem Senat in der Außenpolitik zuweist. Unmissverständlich und selbstbewusst brachte die neue demokratische Mehrheit im Senat damit zum Ausdruck, dass sie bereit war, Bush nicht nur in innenpolitischen Fragen, sondern auch in der Außen- und Sicherheitspolitik Paroli zu bieten.

Vier Wochen später - nach den monströsen Terrorangriffen auf das *World Trade Center* in New York und das *Pentagon* in Washington, D.C. - hatten sich die Rahmenbedingungen US-amerikanischer Weltpolitik nach außen und innen freilich fundamental verändert (vgl. Rüb/Wilzewski 2003; Wilzewski 2003). Erschüttert durch ein tiefes Gefühl der Verwundbarkeit, eine Art »modernes Pearl Harbor« (Perry 2001: 36), stellte sich der Kongress parteiübergreifend hinter den Präsidenten. Zusätzliche Nahrung erhielt das Gefühl der neuen Verwundbarkeit nach dem 11. September 2001 durch Milzbrandanschläge auf das Büro von *Senate Majority Leader* Tom Daschle, auch wenn bis heute unklar ist, wer für diese Terroranschläge verantwortlich zeichnet. Das Repräsentantenhaus

musste seine Sitzungstätigkeit im Oktober 2001 für eine Woche unterbrechen, und der Senat konnte seine Arbeit in Teilen des *Hart Office Building* erst nach Monaten fortsetzen. Gleichzeitig wurden auf *NBC News* und *American Media Inc.* Milzbrandanschläge verübt, und mehrere Amerikaner starben. Ein schwer fassbarer Aggressor, der offensichtlich weltweit operiert und über erhebliche finanzielle Ressourcen verfügt, bedrohte die USA. Vorbei war jenes kurze Jahrzehnt, in dem die möglichen Bedrohungen von außen in der Wahrnehmung verblasst waren, und die amerikanische Öffentlichkeit stärker nach innen geblickt und ihre Aufmerksamkeit für außenpolitische Problemstellungen deutlich verringert hatte (so auch Lindsay 2000).

Angesichts des *Pearl Harbor*-Syndroms nach dem 11. September rückte die amerikanische Öffentlichkeit von ihrem apathischen Internationalismus ab und sprach sich für einen »refocused internationalism« aus (Chicago Council on Foreign Relations, CCFR 2002). Die USA sollten eine aktive Rolle in der Weltpolitik und im globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus übernehmen. Das bedeutete jedoch nicht, dass die Öffentlichkeit einem Alleingang der USA in der Bekämpfung des Terrorismus das Wort redete. Folgt man dem CCFR, dann befürwortete sie im Jahr 2002 mehrheitlich multilaterale Strategien zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Zwar blickte die amerikanische Gesellschaft nach dem 11. September sehr aufmerksam nach außen und räumte dem Schutz der Vereinigten Staaten vor terroristischen Angriffen absolute Priorität ein. Allerdings war mit diesem »neuen interessierten Internationalismus« nicht unbedingt ein »go-it-alone at all costs« verbunden. Die breite Öffentlichkeit zog den »team effort« vor. Gemeint war ein abgestufter, mehrdimensionaler Strategieansatz im Umgang mit der neuen Bedrohung, der militärische Stärke mit Diplomatie mischen und eine multilaterale Einbettung der Außenpolitik der USA suchen sollte, schon um die im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus entstehenden Kosten nicht nur den Vereinigten Staaten aufzubürden.

Das sah die Administration Bush freilich von Anfang an anders. Ging es nach dem Willen des Präsidenten und seiner engsten Berater, dann sollten die USA eine »proaktive« militärische Globalstrategie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verfolgen, wo sie das Recht für sich in Anspruch nahmen, gegebenenfalls präemptiv vorzugehen (vgl. Daalder/Lindsay 2003: 40ff.; Suskind 2004: 76ff.). Eindämmung hielt die Administration gegenüber Diktatoren im Besitz von Massenvernichtungswaffen und deren terroristischen Verbündeten für die falsche Strategie. Der Kampf sollte »zum Feind getragen« werden, wie George W. Bush es Anfang Juni 2002 in seiner »Graduation Speech« vor der

Militärakademie West Point unverblümt formulierte. Die USA reklamierten nach dem 11. September ein antizipatorisches Recht auf Selbstverteidigung für sich (Rudolf 2002). Zwar verlieh die Administration in ihrem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus ihrem Wunsch »nach Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft« Ausdruck, wie es in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) 2002 hieß. Gleichzeitig unterstrich sie aber, dass sie sich das Recht auf einen Alleingang jederzeit vorbehielt.

»[W]hile the United States will constantly strive to enlist the support of the international community we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense by acting pre-emptively against such terrorists, to prevent them from doing harm against our people and our country, and denying further sponsorship, support, and sanctuary to terrorists by convincing or compelling states to accept their sovereign responsibilities« (White House 2002: 6).

An die Stelle des Abschreckungsgedankens, der die US-amerikanische Außenpolitik seit mehr als fünf Jahrzehnten angeleitet hatte, setzte die Administration den Gedanken der Präemption, weil Abschreckung in ihrer Lesart nur gegenüber *status quo*-orientierten und risikoaversen Gegnern eine effektive Verteidigung darstellte (White House 2002: 15). Die Bush-Doktrin hatte Gestalt angenommen (vgl. im Detail Kahl 2003).

5. *Ideas Matter*: Bushs missionarischer Realismus

Hinter der Bush-Doktrin stand ein missionarischer Realismus, in dem sich idealistischer Impuls und machtpolitisches Interesse überlagerten und mischten (vgl. Mazarr 2003). An der Schnittstelle zwischen nationalistischen Einstellungen und außenpolitischen Grundorientierungen lassen sich in den USA traditionell zwei Grundmuster identifizieren, die mit den Begriffen »Wilsonianism« und »Battle-ship America« gefasst werden können (siehe Schweigler 1994: 31ff.; Schweigler 2003; ferner Mead 2002: 132 ff.; McDougall 1997: 122ff.). »[I]n fact, there are those who draw a sharp line between power politics and a principled foreign policy based on values«, formulierte die spätere Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2000 und fuhr dann fort: »This polarized view – you are either a realist or devoted to norms and values may just be fine in academic debate, but it is a disaster for American

foreign policy. *American values are universal*« (Rice 2000: 49, Hervorhebung durch die Autoren).

Im Grundmuster *Wilsonianism* schwingt eine als tiefe moralische Verpflichtung empfundene und eng mit dem »national interest« verbundene Vorstellung von der universalen Bedeutung US-amerikanischer Wertvorstellungen mit, die globale Verbreitung finden sollen. Die Vereinigten Staaten verstehen sich dabei traditionell als leuchtendes Vorbild und wollen ihre liberalen Wertvorstellungen weltweit aktiv befördert sehen. So gesehen überraschte es nicht, dass in der NSS-2002 der weltweite Aufbau einer »infrastructure of democracy« als »moral imperative« genannt wird (NSS 2002: 21ff.). Außenminister Colin Powell formulierte an anderer Stelle:

»[T]he president's strategy is rooted, above all in the promotion of freedom and dignity worldwide. [...] Our enlightened self-interest puts us at odds with terrorists, tyrants, and others who wish us ill. From them we seek no advice or comity, and to them we will give no quarter. But our enlightened self-interest makes us partners with all those who cherish freedom, human dignity, and peace« (Powell 2004: 26, 34).

In diesem außenpolitischen Rollenverständnis schwingt ein tief empfundener idealistischer Impuls mit, den Bush im November 2003 in einer Rede vor dem *National Endowment for Democracy* gar mit der Vision einer »global democratic revolution« als Antwort auf die neuen Bedrohungslagen nach dem 11. September versah. »This is a missionary, idealistic administration«, so bringt es Michael J. Mazarr auf den Punkt, »in the best – and sometimes worst – traditions of Wilsonianism« (Mazarr 2003: 509).

Die Außenpolitik der USA ist traditionell aber nicht nur der Mission, sondern auch der Macht verpflichtet (vgl. Junker 2003). Entsprechend lässt sich die Bush-Doktrin neben dem Grundmuster »Wilsonianism« auch an das Muster »Battleship America« zurück binden. Es steht für eine nationalistische Einstellung, die nationale Interessen weniger mit der moralischen Fähigkeit zur Weltführung verknüpft, sondern vielmehr mit globaler Machtprojektion und überlegener militärischer Stärke verbindet. Ausgangspunkt ist ein realistisches Weltbild. In ihm ist die internationale Umwelt ein permanent gefährlicher Ort, in dem die Kooperation im Rahmen internationaler Institutionen sehr enge Grenzen hat. Sie mag dazu dienen, die eigene Machtposition durch Allianzbildung zu konsolidieren, keinesfalls aber kann sie dazu beitragen, das internationale System dauerhaft zu verregeln. Speziell in der offensiven Variante des realistischen Weltbildes heißt das für die politische Führung einer Großmacht, dass Sicherheit nur durch relativen Machtausbau, maximale Autonomie und globale Machtprojekti-

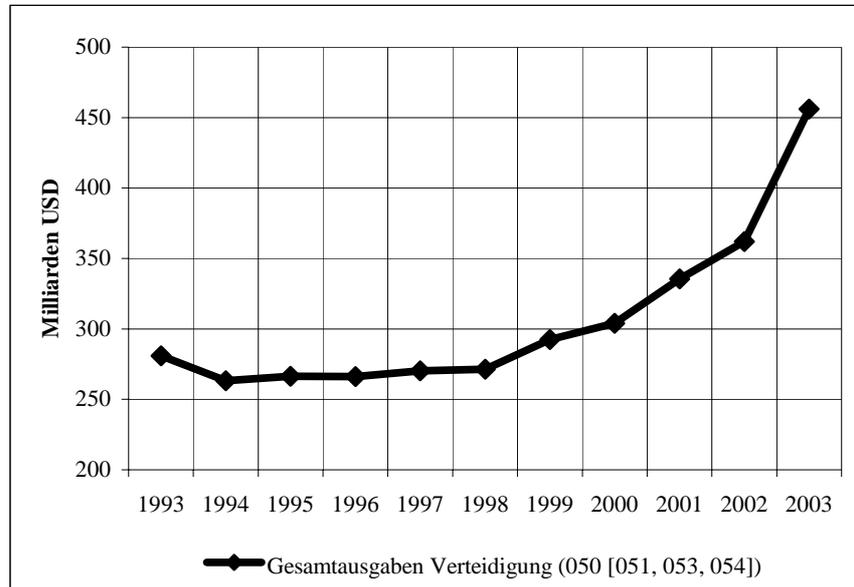
on erreicht werden kann (vgl. Mearsheimer 2001: 29ff.). Für die strategische Ausrichtung der Hegemonialmacht USA folgt daraus, dass ihre Interessen am besten durch militärische Dominanz und Alleingang gewahrt werden können. Bush bekräftigte dies in seiner Botschaft an die Nation im Januar 2004 noch einmal ausdrücklich, als er erklärte: »There is a difference, however, between leading a coalition of many nations, and submitting to the objections of a few. America will never seek a permission slip to defend the security of our country« (Bush 2004). Größtmögliche Handlungsfreiheit besaßen die USA so gesehen nur, wenn sie zu enge Bindungen durch Allianzen oder internationales Recht vermieden (siehe auch Daalder/Lindsay 2003: 40ff.) wie Condoleezza Rice es auf den Punkt brachte:

»[M]ultilateral agreements and institutions should not be ends in themselves. U.S. interests are served by having strong alliances and can be promoted within the U.N. and other multilateral organizations, as well as through well-crafted international agreements. But the Clinton administration has often been so anxious to find multilateral solutions to problems that it has signed agreements that are not in America's interests« (Rice 2000: 47f.).

Nach dem 11. September galt dieses Diktum eines »distinctly American internationalism« um so mehr. Wenn es um die Sicherheit der USA ging, mochte sich die Bush-Administration ihre nationalen Handlungsfreiheit im Rahmen von Allianzen und internationalen Organisationen nicht beschneiden lassen.

Amerikanische Weltpolitik, daraus machte die Administration keinen Hehl, hatte sich strikt am nationalen Interesse auszurichten, verstanden als eine auf überlegener militärischer Stärke gründende Machtpolitik. Bushs Programmatik folgte einem Primat der Sicherheitspolitik, und die Rüstungsausgaben wurden mit großer überparteilicher Mehrheit im Kongress auf über 400 Mrd. USD erhöht (Haushaltsjahr 2003, einschließlich der Kosten für den Krieg in Afghanistan und im Irak; siehe Schaubild 1).

Schaubild 1: Entwicklung der Verteidigungsausgaben 1993-2003



[Quellen: Grafik erstellt von Daniel Kempf nach Zahlen des U.S. Office of Management and Budget, Budget of the U.S. Government, Historical Tables, Table 5.1 – Budget Authority by Function and Subfunction: 1976-2009, <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2005/sheets/hist05z1.xls>, aufgerufen am: 30.6.2004]

Die USA gaben damit für die Rüstung jährlich etwa 100 Mrd. USD mehr aus als Russland, Japan, China, Frankreich, England, Deutschland, Italien, Saudi-Arabien und Brasilien zusammen und unterstrichen damit ihre Vorstellung von uneingeschränkter militärisch-technologischer Überlegenheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

6. »A War of Choice«: Die Bush-Doktrin, der Irak-Krieg und der Sicherheitsstaat

Als Präzedenzfall für die präemptive Globalstrategie nach dem 11. September sollte der Irak dienen, den die Administration der fortgesetzten illegalen Entwicklung von Massenvernichtungswaffen bezichtigte und einer »Achse des Bösen« zuordnete. Idealistischer Impuls und machtpolitisches Denken erhielten so einen gemeinsamen Bezugspunkt: Die »proaktive« Bekämpfung eines nach innen diktatorischen und nach außen aggressiven »Schurkenstaates« (vgl. Rüb 2003). Die Idee war alles andere als neu. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz hatten bereits im Januar 1998 in einem Brief an Bushs Amtsvorgänger im Weißen Haus ein proaktives Vorgehen gegen den Irak verlangt. So gesehen stand die Lösung für den Umgang mit dem Regime Saddam Husseins im Raum, bevor das Problem definiert war, zumal die Administration ohne langes Zögern den Bogen von der Al-Kaida zum Staatsterrorismus und dem Irak spannte (Suskind 2004: 70ff.; Woodward 2002: 60f.).

Zwar gab es Widerstand von der militärischen Führung des Pentagon und Außenminister Colin Powell, die befürchteten, dass der militärische und diplomatische Preis für die USA in einem Krieg gegen den Irak zu hoch sein könnte (Ricks 2002; Woodward 2002). Im Nationalen Sicherheitsrat sahen die Befürworter eines militärischen Vorgehens gegen Saddam Hussein, wie Vizepräsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld und Sicherheitsberaterin Rice, gleichwohl nur das, was sie sehen wollten: Die Notwendigkeit eines gewaltsamen Regimewechsels im Irak. So gesehen war der Präemptivkrieg gegen den Irak im März 2003 ein »war of choice, not of necessity«, wie es die frühere Außenministerin Madeleine Albright auf den Punkt brachte (Albright 2003: 7). Dass die Bush-Administration mit ihrem unilateralen Vorgehen die Beziehungen zu einigen ihrer atlantischen Verbündeten schwer belastete, störte den Präsidenten offensichtlich wenig (siehe den Beitrag von Peter Rudolf in diesem Band). »At some point«, so Bush kurz vor Beginn der Kriegshandlungen, »we may be the only ones left. That's okay with me. We are America« (zit. nach Albright 2003: 3).

In der Retrospektive ist klar, dass der »präemptiven Strategie« der Bush-Administration mit Blick auf Massenvernichtungswaffen jede Grundlage fehlte, was eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* im Detail dokumentiert (Cirincione et al. 2004). Von einer unmittelbar bevorstehenden Bedrohung, so auch der frühere Chef-Waffeninspekteur David Kay im Januar

2004 vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, konnte keine Rede sein, auch wenn Außenminister Powell gemeinsam mit dem damaligen CIA-Direktor George J. Tenet in einer Präsentation im VN-Sicherheitsrat wenige Wochen vor Kriegsbeginn genau diesen Eindruck vermittelte. Die Bedrohung, die vom Irak ausging, war aus politischen Gründen weit alarmierender gezeichnet worden als es die Lage hergab. Dabei war die Hervorhebung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen offensichtlich nicht zuletzt Ausdruck eines bürokratischen Kompromisses im *Principals Committee* des Nationalen Sicherheitsrates. Sie ermöglichte eine Konsenslösung, auf die sich alle einigen konnten, wie der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz im Nachgang zum Irak-Krieg andeutete (siehe Washington Post, 29.5.2003).

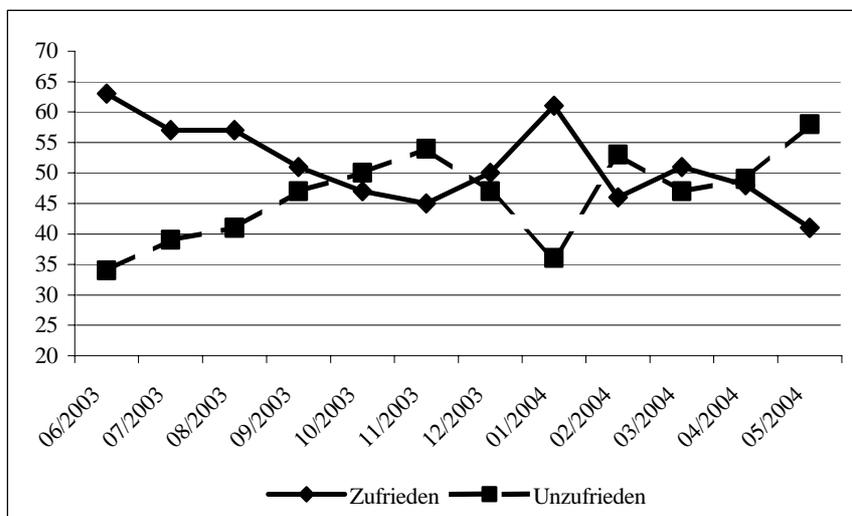
Dass die Spitzen der Administration mit Ausnahme von Außenminister Powell und dem damaligen Vorsitzenden des Generalstabes Hugh Shelton einen Krieg gegen den Irak jenseits jeder sicherheitspolitischen Notwendigkeit von Anfang an wollten, ist heute weithin belegt (vgl. Suskind 2004: 70ff.; Daalder/Lindsay 2003: 116ff.). In diesem Zusammenhang spielte es keine Rolle, dass sich politische Lagebeurteilungen und nachrichtendienstliche Aufklärung stark vermischten. So wurden wichtige nachrichtendienstliche Informationen nicht weitergereicht beziehungsweise der politischen Lagebeurteilung im Weißen Haus angepasst, wofür der behauptete Uran-Kauf des Irak im Niger ein Beispiel liefert. Präsident Bush hielt daran auch dann in seiner *State of the Union Address* 2003 noch fest, als die CIA bereits davon abgerückt war. Im Februar 2004 war der Präsident freilich gezwungen, eine unabhängige Untersuchungskommission zu den Geheimdienstspannen einzurichten. Zu stark war der Druck der amerikanischen Öffentlichkeit geworden, die begann, die Glaubwürdigkeit des Präsidenten in der Irak-Politik in Zweifel zu ziehen. Die Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen, die von der Administration zum zentralen Kriegsgrund gegen das Regime Saddam Husseins erklärt worden war, hatte sich als Fiktion erwiesen. Gleiches galt für die Demokratisierungsstrategie des Irak, der auch nach dem Sturz des Diktators zunächst instabil blieb. Die »Bush-Revolution« war nach außen an ihre Grenzen gestoßen und auch nach innen begannen sich die Zweifel an der *Grand Strategy* des Präsidenten nach dem 11. September zu mehren.

7. *Rogue superpower?* Die Grenzen der Bush-Doktrin

Nach den Terrorangriffen des 11. September hatten sich Öffentlichkeit und Kongress zunächst ohne Wenn und Aber hinter den Präsidenten und seine Strategie gestellt. Das drückte sich zum einen in der Zustimmungsrate zur Amtsführung des Präsidenten aus, die nach dem 11. September bei fast 90 Prozent lag (vgl. Jones 2002). Das wurde zum anderen in der überparteilichen Unterstützung des Kongresses für Bushs Krieg gegen den internationalen Terrorismus deutlich. Der Präsident erhielt weitreichende Vollmachten zu Militäreinsätzen gegen die für die Terroranschläge Verantwortlichen. Die Legislative folgte der Administration auch in ihrer weiteren Strategie, die in einen Präventivkrieg gegen den Irak mündete. Bush gelang es im Zeichen der neuen nationalen Bedrohung, in der militärischen Interventionspolitik die vollkommene institutionelle Unterordnung des Kongresses zu erreichen. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die Ermächtigungsresolution zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak im Oktober 2002, die mit deutlicher Mehrheit in beiden Kammern erfolgte, wiewohl sich bei den Demokraten Widerstände gegen Bushs Irak-Politik abzeichneten (263 von 270 Republikanern folgten dem Präsidenten, 147 von 257 Demokraten sprachen sich gegen eine Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak aus; vgl. Wilzewski 2003: 84ff.).

Was zunächst wie ein Freifahrtschein für den Präsidenten in der militärischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus aussah, wurde jedoch im Angesicht einer zunehmenden Zahl von getöteten US-Soldaten im Irak und wachsender finanzieller Kosten des Krieges und seiner Folgen in Bushs viertem Amtsjahr zunehmender parteiübergreifender Kritik im Senat unterzogen. Besonders scharfe Kritik löste dabei der sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen 2004 bekannt gewordene Folter-Skandal in einem Militärgefängnis im Irak aus, der Bush innenpolitisch in die Defensive brachte. Eine Glaubwürdigkeitslücke für den 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten begann sich abzuzeichnen, und der Kongress schickte sich an, sein verfassungsmäßiges Mitspracherecht in der militärischen Interventionspolitik erstmals seit dem 11. September 2001 wieder stärker wahrzunehmen. Die gut zwei Jahre währende Überparteilichkeit verflüchtigte sich, wobei sich die Kritiker der *Grand Strategy* Bushs durch die zunehmende Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Irak-Politik des Präsidenten bestärkt fühlten (siehe Schaubild 2). Der »War President« befand sich in der Defensive (vgl. Rüb/Wilzewski 2004).

Schaubild 2: Zustimmungsrate der amerikanischen Öffentlichkeit Bushs Irakpolitik



[Quelle: Grafik erstellt von Daniel Kempf nach Zahlen von Gallup Organization, 12.5.2004]

Mehr noch: Er galt mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2004 als politisch verwundbar gegenüber seinem Herausforderer John Kerry. Der redete der Rückkehr der USA zu einer stärker multilateral eingebetteten Weltpolitik das Wort. Die Führungsrolle der Vereinigten Staaten sollte nicht nur machtpolitisch begründet sein, sondern auch darauf abzielen, internationale Kooperation zu vertiefen – zumindest, um damit die Kosten amerikanischer globaler Führung nach dem 11. September zu senken (siehe Berger 2004: 48ff.). In diesem Zusammenhang wurden neben den »harten« militärischen und ökonomisch-technologischen Machtressourcen auch jene »weichen« Fähigkeiten der Vereinigten Staaten betont, die es ihnen ermöglichen sollen, durch entsprechende politische Führung die internationale Agenda so zu strukturieren, dass sich andere Staaten daran orientieren (Nye 2004; ders. 1990). Das bedeutete im Kern keinen Verzicht auf ein imperiales Selbstverständnis amerikanischer Weltführung, wies der einzig verbliebenen Weltmacht jedoch eine kostenbewusstere Rolle zu. Denn eines hatte die »Bush-Revolution« gezeigt: Die effektive Bekämpfung des internationalen Terrorismus nach dem 11. September lässt sich nicht im Alleingang realisieren. Die USA als Führungsmacht brauchen Verbündete, die aktiv Verantwortung tragen und entsprechende Kosten mittragen. Nur so lässt sich der Frieden im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gewinnen.

Literatur

- Albright, Madeleine K. (2003): Bridges, Bombs or Bluster?, in: *Foreign Affairs*, Jg. 82, Nr. 5, S. 2-19.
- dies. (1998): The Testing of American Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, Jg. 77, Nr. 6, S. 50-64.
- Aldrich, John H./David W. Rohde (1997-98): The Transition to Republican Rule in the House. Implications for Theories of Congressional Politics, in: *Political Science Quarterly*, Jg. 112, Nr. 4, S. 541-567.
- Berger, Samuel R. (2004): Foreign Policy for a Democratic President, in: *Foreign Affairs*, Jg. 83, Nr. 3, S. 47-63.
- Brühl, Tanja (2000): Verweigerung statt Führung. Die internationale Umweltpolitik der USA, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 363-394.
- Bush, George W. (2004): State of the Union Address, 20.1.2004, in: *Congressional Quarterly Weekly*, Jg. 62, Nr. 4, S. 230-234.
- Chicago Council on Foreign Relations (CCFR)/German Marshall Fund (GMF) (2002): *Worldviews 2002. American Public Opinion & Foreign Policy*, Chicago (CCFR).
- Cirincione, Joseph/Jessica T. Mathews/George Perkovich (2004): *WMD in Iraq. Evidence and Implications*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Clinton, Bill (1996): Detroit Speech, 22.10.1996, in: *U.S. Policy Information and Texts*, 42 (24.10.1996), S. 1-6.
- dies./Al Gore (1992): *Putting People First. How We Can All Change America*, New York: Random House.
- Cohen, Eliot (2000): Defending America in the Twenty-first Century, in: *Foreign Affairs*, Jg. 79, Nr. 6, S. 40-56.
- Congressional Weekly Quarterly (2003): The Challengers 2004. The Democrats who would be President. 2000 Presidential Election Results, Supplement to the *CQ Weekly*, Jg. 66, Nr. 4, S. 21.
- Czempiel, Ernst-Otto (2002): *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München: Beck.
- dies. (1996): *Rückkehr in die Führung. Amerikas Weltpolitik im Zeichen der konservativen Revolution*, Frankfurt/Main: HSFK.
- dies./Carl-Christoph Schweitzer (1989): *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Daalder, Ivo H./James M. Lindsay (2003): *America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy*, Washington D.C.: Brookings.
- Daalder, Ivo H. (2000): *Getting to Dayton. The Making of America's Bosnia Policy*, Washington D.C.: Brookings.

- ders. (1997): *Knowing When to Say No. The Development of US Policy for Peacekeeping*, in: William J. Durch (Hrsg.), *UN Peacekeeping, American Politics and the Uncivil Wars of the 1990s*, Houndmills (MacMillan), 35-67.
- Daschle, Tom (2001): *A New Century for American Leadership*, Washington D.C.: Woodrow Wilson Center, 9.8.2001.
- Davidson, Roger H. (1995): *Congressional Committees in the New Reform Era. From Combat to Contract*, in: James A. Thurber/Roger H. Davidson (Hrsg.), *Remaking Congress. Change and Stability in the 1990s*, Washington D.C.: Congressional Quarterly, S. 28-52.
- Deibel, Terry L. (2002): *The Death of a Treaty*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 81, Nr. 5, S. 142-160.
- Deitelhoff, Nicole (2003): *Sea Change or still "Dead on Arrival"?* Die USA und der internationale Strafgerichtshof nach dem 11. September, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 217-246.
- Dembinski, Matthias (2002): *Unilateralismus versus Multilateralismus. Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und internationaler Organisation*, Frankfurt/Main: HSFK.
- Deudney, Daniel/G. John Ikenberry (1994): *After the Long War*, in: *Foreign Policy*, Jg. 94, S. 21-36.
- Deutch, John/Harold Brown/John P. White (2000): *The National Missile Defense. Is There Another Way?*, in: *Foreign Policy*, Jg. 119, S. 91-100.
- Dewar, Helen (2001): *Bush Foreign Policy Is Assailed*, in: *International Herald Tribune*, 10.8.2001, S. 3.
- Dittgen, Herbert (1998): *Amerikanische Demokratie und Weltpolitik. Außenpolitik in den Vereinigten Staaten*, Paderborn: Schöningh.
- Franck, Thomas M./Edward Weisband (1979): *Foreign Policy by Congress*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Gaddis, John Lewis (1992): *The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Gerke, Kinka (1997): *Die unilaterale Versuchung. Die Sanktionen der USA gegen die Handelspartner Kubas, Irans, Libyens und ihre Auswirkungen auf das Welthandelsregime*, Frankfurt/Main: HSFK.
- dies./Monika Medick-Krakau (1999): *Wandel in der amerikanischen Außenhandelspolitik*, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, S. 227-253.
- Goldgeier, James M. (1999): *Not Whether But When. The U.S. Decision to Enlarge NATO*, Washington D.C.: Brookings.
- Goldman, Emily O./Larry Berman (1996): *Engaging the World. First Impressions of the Clinton Foreign Policy Legacy*, in: Colin S. Campbell/Bert A. Rockman (Hrsg.), *The Clinton Legacy*, New York/London: Chatham House, S. 226-253.
- Gollwitzer, Heinz (1982): *Geschichte des weltpolitischen Denkens. Band II. Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Haass, Richard N. (2000): *The Squandered Presidency. Demanding More from the Commander-in-Chief*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 79, Nr. 3, S. 136-140.

- Hasenclever, Andreas (2002): The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur Organisation des demokratischen Friedens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 9, Nr. 1, S. 75-112.
- Hersman, Rebecca K. (2000): *Friends and Foes. How Congress and the President Really Make Foreign Policy*, Washington D.C.: Brookings.
- Higgs, Robert (1997): *Crisis and Leviathan. Critical Episodes in the Growth of American Government*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Hils, Jochen (2003a): Goodbye Leadership. Die Balkanpolitik der USA nach dem 11. September, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 425-457.
- ders. (2003b): *Repräsentation, Kommunikation, Information. Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel des Kosovo (1998-1999)*, Frankfurt/Main (in Vorbereitung).
- Huntington, Samuel P. (1999): The Lonely Superpower, in: *Foreign Affairs*, Jg. 78, Nr. 2, S. 35-49.
- ders. (1997): The Erosion of American National Interests, in: *Foreign Affairs*, Jg. 76, Nr. 5, S. 28-49.
- Ikenberry, G. John (2002): America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs*, Jg. 81, Nr. 5, S. 44-60.
- Jones, Jeffrey M. (2002): Bush Averages Near-Record 86% Job Approval Rating in Fourth Quarter, *Gallup Poll Analyses*, 17.1.2002.
- Junker, Detlev (2003): *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg: Herder.
- Kahl, Martin (2003): New Grand Strategy? Die Bush-Administration und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 23-62.
- Knapp, Manfred (1999): Die Macht der USA und die Moral der Staatengemeinschaft. Zur UN-Politik der Clinton-Administration, in: Manfred Berg u.a. (Hrsg.), *Macht und Moral. Beiträge zur Ideologie und Praxis amerikanischer Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Festschrift für Knud Krakau zu seinem 65. Geburtstag*, Münster: LIT, S. 295-318.
- Koch, Jutta (2000): Erweiterung und Führung. Die NATO-Politik der USA, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 109-124.
- Koh, Harold Hongju (1990): *The National Security Constitution. Sharing Power after the Iran-Contra Affair*, New Haven/London: Yale University Press.
- Krell, Gert (2003): *Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen*, Frankfurt/Main: HSKF.
- ders. (2000): *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos.
- Kremp, Werner/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT.

- Kubbig, Bernd W./Matthias Dembinski/Alexander Kelle (2000): *Unilateralismus als alleinige Strategie? Die amerikanische Politik gegenüber UNO, NATO und der Chemiewaffen-Organisation in der Ära Clinton*, Frankfurt/Main: HSFK.
- Lessmann, Robert (2000): *Amerikanisierung und Militarisierung. Die auswärtige Drogenpolitik der USA*, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 335-362.
- Lindsay, James M. (2003): *Apathy, Interest, and the Politics of American Foreign Policy*, in: Bernhard May/Michaela Hönicke Moore (Hrsg.), *The Uncertain Superpower. Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy After the Cold War*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 41-55.
- ders. (2000): *The New Apathy. How an Uninterested Public Is Reshaping Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 79, Nr. 5, S. 2-8.
- ders. (1999): *End of an Era. Congress and Foreign Policy after the Cold War*, in: Eugene R. Wittkopf/James M. McCormick (Hrsg.), *The Domestic Sources of American Foreign Policy. Insights and Evidence*, 3. Aufl., Lanham: Rowman & Littlefield, S. 173-183.
- Lipset, Seymour Martin (1996): *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York/London: W.W. Norton.
- Loomis, Burdett A. (1998): *The Contemporary Congress*, 2. Aufl., New York: St. Martin's Press.
- Luck, Edward C. (1999): *Mixed Messages. American Politics and International Organization 1919-1999*, Washington D.C.: Brookings.
- Mandelbaum, Michael (1996): *Foreign Policy as Social Work*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 75, Nr. 1, S. 16-32.
- Mastanduno, Michael (1997): *Preserving the Unipolar Moment. Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War*, in: *International Security*, Jg. 21, Nr. 4, S. 49-88.
- Maynes, Charles William (1993-94): *A Workable Clinton Doctrine*, in: *Foreign Policy*, Jg. 93, S. 3-20.
- Mazarr, Michael J. (2003): *George W. Bush, Idealist*, in: *International Affairs*, Jg. 79, Nr. 3, S. 503-522.
- McDougall, Walter A. (1997): *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*, Boston/New York: Houghton Mifflin.
- Mead, Walter Russell (2002): *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*, New York/London: Routledge.
- Mearsheimer, John (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*, New York/London: W. W. Norton.
- Müller, Harald (2003): *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt/Main: Fischer.
- Nye, Joseph S. (2004): *Soft Power. The Means to Success in World Politics*, New York: Public Affairs.
- ders. (1990): *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*, New York: Basic Books.
- O'Hanlon, Michael (1999): *Star Wars Strikes Back*, in: *Foreign Affairs*; Jg. 78, Nr. 6, S. 68-82.

- Owens, John E. (1997): The Return of Party Government in the US House of Representatives. Central Leadership – Committee Relations in the 104th Congress, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 27, Nr. 2, S. 247-272.
- Perry, William J. (2001): Preparing for the Next Attack, in: *Foreign Affairs*, Jg. 80, Nr. 6, S. 31-45.
- Pfiffner, James P. (2002): The President and Congress at the Turn of the Century. Structural Sources of Conflict, in: James A. Thurber (Hrsg.), *Rivals for Power. Presidential-Congressional Relations*, 2. Aufl., Lanham: Rowman & Littlefield, S. 27-47.
- Powell, Colin L. (2004): A Strategy of Partnerships, in: *Foreign Affairs*, Jg. 83, Nr. 1, S. 22-34.
- Rice, Condoleezza (2000): Promoting the National Interest, in: *Foreign Affairs*, Jg. 79, Nr. 1, S. 45-62.
- Ricks, Thomas E. (2002): 2 Generals Dispute Pentagon Plan, in: *International Herald Tribune*, 19.12.2002, S. 1/4.
- Rielly, John E. (1999): *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1999*, Chicago: Chicago Council on Foreign Relations.
- Rielly, John E. (1995): *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1995*, Chicago: Chicago Council on Foreign Relations.
- Rosner, Jeremy (1995): *The New Tug-of-War. Congress, the Executive Branch and National Security*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Rudolf, Peter (2002): *Präventivkrieg als Ausweg? Die USA und der Irak*, Berlin: SWP.
- dies./Jürgen Wilzewski (2000a): Der unilaterale Reflex. Amerikanische Außenpolitik vor neuen Herausforderungen, in: dies. (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 9-18.
- dies./Jürgen Wilzewski (2000b): Beharrung und Alleingang. Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, in: *APuZ*, B44/2000, S. 31-38.
- dies. (1999): New Grand Strategy? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, S. 61-95.
- Rüb, Katja (2003): Old Enemies – New Strategies? Die US-Politik gegenüber „Schurkenstaaten“ nach den Terroranschlägen des 11. September, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 95-124.
- dies./Jürgen Wilzewski (2004): Frieden durch Krieg. Die „Bush-Revolution“ und die amerikanische Demokratie, in: Corinna Hauswedell/Christoph Weller/Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz/Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2004*, Münster: LIT, S. 81-89.
- dies./Jürgen Wilzewski (2003): Dominanz statt Abschreckung. Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 9-20.
- Schlesinger, Arthur M. (1989): *The Imperial Presidency*, 2. Aufl., With a New Epilogue by the Author, Boston: Houghton Mifflin.
- Schreyer, Söhnke (2003): Zurück zur »Imperialen Präsidentschaft«? – Parteien, Präsident und Kongress Post-9/11, Frankfurt/Main: ZENAF.

- Schweigler, Gebhard (2003): Domestic Sources of US Foreign Policy, in: Bernhard May/Michaela Hönicke Moore (Hrsg.), *The Uncertain Superpower. Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy after the Cold War*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 57-66.
- ders. (1999): Außenpolitik, in: Willi Paul Adams/Peter Lösche (Hrsg.), *Länderbericht USA. Geschichte – Politik – Geographie – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, Frankfurt/New York: Campus, S. 393-464.
- ders. (1994): „America First“? Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik, in: Matthias Dembinski/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden: Nomos, S. 23-67.
- Shultz, George P. (1993): *Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State*, New York: Charles Scribner's Sons.
- Sterling-Folker, Jennifer (1998): Between a Rock and a Hard Place. Assertive Multilateralism and Post-Cold War U.S. Foreign Policy, in: James M. Scott (Hrsg.), *After the End. Making U.S. Foreign Policy in the Post-Cold War World*, Durham/London: Duke University Press, S. 277-304.
- Suskind, Ron (2004): *The Price of Loyalty. George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*, New York: Simon & Schuster.
- Theoharis, Athan G. (1998): *A Culture of Secrecy. The Government versus the People's Right to Know*, Lawrence: University of Kansas.
- Thranert, Oliver (2003): Paradigm Shift? Die USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 125-156.
- ders. (2000): Rüstungskontrolle und Alleingang. Die globale Nichtverbreitungspolitik der USA, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 269-296.
- White House (2002): *The National Security Strategy of the United States*, Washington D.C.
- ebd. (1994): *A National Security Strategy of Engagement and Enlargement*, Washington D.C.: GPO.
- Wilzewski, Jürgen (2003): Back to Acquiescence? Präsident und Kongress nach den Terrorangriffen auf Amerika, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: WVT, S. 63-91.
- ders. (2000): Demokratie und Außenpolitik. Friktionen zwischen Präsident und Kongress, in: Peter Rudolf/ders. (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos, S. 38-61.
- ders. (1999): *Triumph der Legislative. Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981-1991*, Frankfurt/New York: Campus.
- ders. (1997): Back to Unilateralism. The Clinton Administration and the Republican-Led Congress, in: Matthias Dembinski/Kinka Gerke (Hrsg.), *Cooperation or Conflict? Transatlantic Relations in Transition*, Frankfurt/New York: Campus, S. 23-43.
- Wittkopf, Eugene R./James M. McCormick (1998): Congress, the President, and the End of the Cold War. Has Anything Changed?, in: *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 42, Nr. 4, S. 440-466.

Nützliche Internetquellen:

<http://www.whitehouse.gov>

<http://www.state.gov>

<http://www.house.gov>

<http://www.senate.gov>

<http://www.fas.org>

<http://www.people-press.org>

<http://www.pipa.org>

<http://www.pollingreport.com>

<http://www.un.org/Docs/sc/>

<http://www.nato.int>